

Schule ohne Schüler?

Kristel Sauder

Im Jahr 2020 werden laut niedersächsischer Schulstatistik genau 188 444 Schülerinnen und Schüler weniger in die Schule gehen als heute. Bis 2015 ist ein Rückgang um 20 Prozent zu verzeichnen, bis 2020 um 25 Prozent. Dann wird es voraussichtlich nur noch 750 000 Schülerinnen in Niedersachsen geben. Grundschulen, Haupt- und Realschulen werden mit Schließungen rechnen müssen. Konkurrenzkampf unter den Gymnasien? Öffentliche Bildungseinrichtungen gegen Private?

Seit dem 31.01.2010 besteht für eine Schulentwicklungsplanung der Kommunen keine gesetzliche Grundlage mehr. Allerdings gilt die Verordnung zur SEPL weiterhin.

In Hannover trafen sich auf Einladung der GEW Schulausschussmitglieder und VertreterInnen von Kommunen, um sich gemeinsam mit den Herausforderungen dieser Entwicklung zu beschäftigen.

Dr. Dieter Galas, ehemaliger IGS-Leiter, Ministerialdirigent und GEW Vorsitzender, stellte in seinem Eingangsreferat fest, dass Schulverbünde mit Grundschulen nicht häufig praktiziert werden und schlug vor, stattdessen besondere Anreize für die Nachfrage z.B. durch den Erhalt (statt Streichung) bestehender Ressourcen – sprich Lehrerstunden – zu schaffen.

Das Übergangsverhalten nach der Grundschule zu den Schulformen des nach CDU/FDP Auffassung „bewährten, begabungsgerechten, gegliederten Schulwesens“ führt zu weiteren Dilemmata: Gegenwärtig wählen 12,4 % die HS, 38,4% die RS, 41,0% Gym und 7,7 % IGS in Niedersachsen. Dort wo Integrierte Gesamtschulen vorhanden sind, ist auch bei den Realschulen ein Einbruch der Schülerzahlen festzustellen - in Braunschweig um 16-18 %. Wie fragwürdig und

falsch die Selektion nach der vierjährigen Grundschule ist wird erneut an zwei Zahlen deutlich: Die Wahl des Gymnasiums ist aktuell in Osnabrück mit 56% landesweit die höchste, in Leer dagegen mit 25,9 Prozent die niedrigste Quote in Niedersachsen. Klar ist, dass Eltern für ihre Kinder den Weg zum Abitur offenhalten wollen. Deshalb gingen 12 neue **Integrierte** Gesamtschulen im August 2009 an den Start. In diesem Jahr werden 20 weitere Neugründungen folgen. Hinzu kommen noch sieben kooperative Gesamtschulen.

In nur noch **fünf** deutschen Bundesländern gibt es die Hauptschule als reine Schulform. Auch stärkere sozialpädagogische und berufsbezogene Ausrichtung konnte den Niedergang dieser „Säule“ des gegliederten Schulwesens nicht verhindern und neue Erlasse werden es auch nicht tun. In Göttingen gibt es nur noch **je eine** Haupt- und Realschule.

Obwohl die Verordnung Schulentwicklungsplanung (SE-PI-VO vom 22. September 2008 - GVBl. LSA S. 309) mindestens Zweizügigkeit für Hauptschulen in Niedersachsen vorschreibt,



werden zwei Drittel von ihnen nur einzügig betrieben. Als Ausweg sollen „Kombiklassen“ möglich sein. Schulzweigübergreifende „kleine IGSn“ aus Haupt- und Realschulen werden von Galas als rechtlich zweifelhaft eingestuft. Ob die Übernahme bestehender öffentlicher Schulen in freie Trägerschaften, die nicht an die Rahmenvorgaben (z.B. Schülerzahlen) staatlicher Schulen gebunden sind, eine gute Lösung des Problems bietet, müssen die kommunalen Spitzenverbände diskutieren und beantworten. Erinnert wurde in diesem Zusammenhang an das Strategiepapier der Evangelischen Kirche, das 15 Gesamtschulen in ihrer Verantwortung bis 2020 einplant.

Das aus hauptamtlichen und politischen (SPD und CDU) KommunalvertreterInnen zusammengesetzte Podium sprach



Foto: Richard Lauenstein

sich da eher für weitere IGSn in kommunaler Trägerschaft aus. Bei 500 Anmeldungen für die IGS Schaumburg sei dem „Arten-schutz Hauptschule“ jegliche Legitimation abhanden gekommen. In der CDU Gemeinde Bothel wollen 87% der Eltern eine IGS. Die vom Kultusministerium

geforderte 14jährige Vorausplanung der Schülerzahlen wurde als unsinnige Spökenkiekerei bezeichnet. Hingewiesen wurde auch auf eine Entlastungsfunktion der Gesamtschulen für die Gymnasien. In der Landeshauptstadt Hannover wird es ab diesem August zehn (!) Integrier-

te Gesamtschulen geben. Ein Drittel aller Grundschulen sollen zu Ganztagschulen ausgebaut werden.

Alle Anwesenden begrüßten das Zusammentreffen und sprachen sich für weitere aus.

Delegiertenkonferenz der Fachgruppe Grund- und Hauptschule

24. August 2010

in Sage

„Bildung und Kinderarmut“

Prof. Dr. Christoph Butterwegge
Universität Köln

Maité Sychla - Hannelore Glüder-Duske - Doris Merg - Hubert Kessing - Werner Kohake

IG BAU, die tun was

Hochleistungssport Gebäudereinigung

Vielen Arbeitgebern in der Gebäudereinigung scheint nichts mehr heilig zu sein. Besonders nach dem gewonnenen Streik schlagen sie wie wild um sich. So sind in mehreren Osnabrücker Objekten über Vordrucke Abmahnungen erteilt worden, bei denen nur noch die Namen der beschuldigten Personen und deren "Verfehlungen" handschriftlich eingetragen wurden. Danach erfolgten die Kündigungen wegen unsauberer Arbeit.

Über den Rechtsschutz der IG BAU haben die betroffenen Frauen geklagt. Bereits im Güte Termin musste der Anwalt einer Gebäudereinigungs-firma einräumen, dass die Abmahnungen und auch die Kündigungen rechtlich wohl nicht haltbar seien. Inzwischen sind die Kündigungen zurückgenommen worden und die Frauen werden weiter beschäftigt.

Die Zeiten zur Erledigung der Arbeiten werden immer weiter gekürzt. Es muss möglichst billig immer mehr in noch kürzerer Zeit geleistet werden. Dies wird gerne bei neuen Ausschreibungen in den Objekten so gehandhabt. Mitarbeiterinnen, die schon Jahre oder Jahrzehnte treu in einem Objekt gearbeitet haben, bekommen neue Arbeitsverträge. Die Wechsel gehen gerade auch in Gebäuden der öffentlichen Hand einher mit größerem Leistungsdruck. "Das kann so nicht funktionieren. Die Hygiene und Sauberkeit leidet zwangsläufig" sagt Regionalsekretär Klaus Fischer. „Leider halten immer noch zu viele Frauen einfach den Mund, aus Angst ihren Job zu verlieren. Die IG BAU hilft Ihnen, zu ihrem Recht zu kommen.“

„Uns ist es gelungen, über Presse und Fernsehen die Bedingungen bei der Auftragsvergabe in den Fokus der Öffentlichkeit und Politik zu rücken. Wir erwarten, dass die Reinigungsbedingungen leistungsgerecht angepasst werden. Speziell in den Schulen muss hier nachgebessert werden. Die klammen Kassen der Städte und Gemeinden dürfen nicht dazu führen, dass die Schulen verdrecken und die Arbeitskraft der Frauen ausgebeutet wird“, fordert Regionalsekretär Wolfgang Kuhn.

Inzwischen räumt die Kreisverwaltung in Nordhorn öffentlich ein, "dass es bislang tatsächlich nicht so ganz besenrein zugeht" (GN vom, 20.04.2010). Die Stadtverwaltung Osnabrück hat sogar erklärt: "Die Bedingungen, die wir stellen, sind sportlich". „Auf politischer Ebene haben wir erreicht, dass sich der Stadtrat mit den Leistungsvorgaben neu befasst“, gibt sich Kollege Kuhn zuversichtlich. „Außerdem hat uns die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Unterstützung zugesagt. Viele Lehrerinnen und Lehrer kennen die Reinigungskräfte seit vielen Jahren persönlich und haben kein Verständnis für den Druck, der auf sie ausgeübt wird“.

IG BAU, die tun was